

Haushaltsvorlage

Magistrat und klares Nein zur Anhebung der Gewerbesteuer

„Entscheidungsfassung vorgelegt werden“, so Arendt weiter. „Dieser demokratische Weg muss auch Bürgerinnen und Bürgern transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Die Politik muss dann die Verantwortung dafür übernehmen, welche Leistungen zukünftig auf welchem Qualitätsniveau angeboten werden sollen,“ legt der scheidende Grüne-Frontmann nach.

Doch alleine nach weiteren Einsparpotenzialen zu suchen, werde nach Ansicht der Grünen nicht ausreichen. Maintal brauche auch eine Entlastung auf der Einnahmeseite. Eigene Möglichkeiten zur Erhöhungen der Einnahmen gebe es allerdings für die Kommunen nur sehr wenige. Der Magistrat schlägt eine Erhöhung der Grundsteuer vor. Die Grünen-Fraktion unterstützt diesen Vorschlag, denn dieser belastet alle Maintaler Bürger gleichermaßen. Sowohl die Privathaushalte als auch die Gewerbetreibenden wären davon betroffen. So bedeutet die vorgeschlagene Erhöhung für eine Familie in einer Vier-Zimmer-Wohnung ungefähr zehn Euro Mehrkosten jährlich. Besitzer eines Reihenhauses würden mit mindestens 40 Euro jährlich belastet und für Gewerbetreibende kann die Belastung sich auf über 1000 Euro erhöhen. „Wir glauben, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger diesen Weg eher mitgehen, als massive Kürzungen zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung oder einen Verkauf des städtischen Schwimmbads hinzunehmen. Letztendlich profitieren alle Bürgerinnen und Bürger von den Angeboten, die diese Stadt derzeit noch vorhält,“ ist Monika Vogel überzeugt.

Ja zur Erhöhung der Grundsteuer

„Natürlich haben wir Grünen auch ausführlich über die Erhöhung der Gewerbesteuer diskutiert. Wir sind aber nach ein-

gehender Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zwangsläufig zu Mehreinnahmen im städtischen Haushalt führt. Seit mehr als vier bis fünf Jahren sind die Einnahmen – trotz der Wirtschaftskrise – relativ konstant geblieben und werden es, so die Eckdaten im Haushaltsentwurf des Magistrats, auch bleiben. Mit dem gleichbleibenden Hebesatz von 380 Prozent erreichen wir zum einen, dass eine relativ hohe Zahl von Gewerbebetrieben in Maintal überhaupt Gewerbesteuer zahlt. Zum anderen erhalten wir Arbeitsplätze und bleiben als Standort für Neuansiedlungen attraktiv. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde auch im Umkehrschluss eine Reduzierung des Anteils an der Einkommenssteuer bedeuten. Denn seit 2007 können Betriebe höhere Gewerbesteuern von der Einkommenssteuer absetzen“, argumentiert Monika Vogel und Arendt.

SPD, FDP und WAM „verantwortungslos“

Die Grünen halten insgesamt den vom Magistrat vorgeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung, „der in einem gemeinsamen Dialog zwischen Verwaltung, Politik und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gegangen werden soll“, für den richtigen Weg. „Nicht verstehen können wir deshalb die Haltung von SPD, FDP und WAM. Sich über das unverantwortliche Handeln von Bund und Land zu beklagen und dabei die Problemlösung dem Magistrat aufzudrücken, ist verantwortungslos. Die populistische Verweigerungshaltung von SPD und FDP mag sich zwar gut verkaufen, löst aber kein einziges der gravierenden Probleme. Politik und Verwaltung müssen auch vor der Kommunalwahl handlungsfähig bleiben,“ erklärte Peter Arendt abschließend für die Maintaler Grünen.

Grüne signalisieren Zusage zur F

Maintaler Etat 2011: Ökopartei attackiert SPD und FDP – Lob an hauptamtlichen Magis

Maintal (leg/pp). – Auch die Grünen haben nun ihre Haushaltsklausur absolviert und nehmen zur Einbringung des Etats 2011 durch den Maintaler Magistrat Stellung. Im Gegensatz zu SPD, FDP und WAM hält der scheidende Grünen-Fraktionschef Peter Arendt die Vorlage der Stadtführung „für eine gute Basis“. Zugleich signalisiert er, dass die Grünen eine Liste zur Kommunalwahl aufstellen werden. Dies soll in einer Versammlung am Mittwoch, 15. Dezember, beschlossen werden (siehe Kommentar und auch Titelseite).

An den Haushaltsberatungen der Grünen nahmen auch die neuen Mitglieder der Maintaler Ökopartei teil. Das voraussichtliche städtische Defizit für 2011 weist bekanntlich eine Höhe von 6,9 Millionen Euro aus. Und auch in den Folgejahren ist mit kaum niedrigeren Zahlen zu rechnen. Damit wäre das Vermögen der Stadt in fünf Jahren aufgebraucht. „Um diesen Zeitpunkt möglichst weit hinauszuschieben, müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um zusätzliche Einnahmen zu erreichen. Gleichzeitig müssen Einsparungen vorgenommen werden. Das Vorgehen des Magistrats mit der Haushaltskonsolidierung bietet dazu eine gute Basis,“ stellt Peter Arendt fest.

Die kommunalen Haushalte in fast allen Gemeinden in Hessen stünden vor dem Kollaps. Dabei seien die Defizite der Haushalte meist nicht hausgemacht, wie auch die Eckdaten des Maintaler Haushalts zeigten, so Arendt. „Hauptursachen sind die immer größeren Aufgaben, die von Bund und Land an die Kommunen delegiert werden. Gleichzeitig versucht das Land, seinen eigenen Schuldenberg zu verringern, indem die Kommunen immer geringere Schlüsselzuweisungen erhalten. Allein der kommunale Finanzausgleich verringert sich in Maintal von 2009 auf

2011 um zwei Millionen Euro. Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Kompensationsumlage erhält Maintal im neuen Jahr insgesamt 2,5 Millionen Euro Zuweisungen weniger“, führt der Fraktionschef der Grünen aus.

U 3-Betreuung: Landesmittel notwendig

Als Beispiel für die zusätzlichen Aufgaben der Stadt nennt er den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. „Die Grünen halten die U 3-Betreuung für eine absolute Notwendigkeit“, so Monika Vogel, Mitglied im Sozialausschuss. „Allerdings kann es nicht sein, dass es zwar Zuschüsse für die Investitionen in diesem Bereich gibt, dann aber die Kommunen mit der Finanzierung der Angebote auf sich selbst gestellt bleiben“, fährt sie fort. „Eine Mitfinanzierung der regelmäßigen Betriebskosten durch das Land Hessen ist zwingend notwendig. Kommunen erfüllen originäre Aufgaben der Daseinsfürsorge und benötigen hierzu auch die notwendigen finanziellen Mittel“, wie Monika Vogel deutlich macht.

Auch müsse nach Meinung der Grünen die dringend benötigte Gemeindefinanzreform angegangen werden, welche die Finanzierung der Kommunen wieder auf eine solide Basis stelle. So sollte unter anderem die Gewerbesteuer diesbezüglich reformiert werden, dass auch gut verdienende Selbständige, wie zum Beispiel Ärzte, Steuerberater und Rechtsanwälte ebenfalls veranlagt werden. „Auch diese Gewerbetreibenden nutzen die gute Infrastruktur von Maintal, ohne bisher ihren Beitrag dafür zu leisten“, so Vogel. Diese deutliche Forderung der Grünen werde auf Bundes- und Landesebene schon seit Jahren erhoben. Doch alleine das Formulieren von Forderungen löse nicht das Problem der Stadt. Um die Verwaltung handlungsfähig

zu erhalten, setzen sich die Grünen für eine zügige Verabschiedung des Haushalts für 2011 ein. „Und hier sind wir Grünen – im Gegensatz zu SPD, FDP und der WAM – bereit und willens, Verantwortung zu übernehmen“, betont Peter Arendt. Das mit dem Haushalt vorgelegte Konsolidierungsprogramm zeige dabei einen Weg in die richtige Richtung an.

„Alle Budgetverantwortlichen sind aufgefordert, gemeinsam mit den Beschäftigten nach Einsparpotenzialen zu suchen. Die- ser Weg, der an die vor Jahren beendete Verwaltungsreform anknüpft, ist nach unserer Auffassung der einzige gangbare. Die Vorschläge der Fachdienste über Leistungen und Kosten, die möglicherweise gestrichen werden können, sollen dann der Stadtverordnetenversammlung zur Be-